



Bürgerinitiative deckt vermeintliche Hintergründe ungleichmäßiger Bahnverteilung auf

Im Dezember 2015 wurde besonders in der LVZ mit großem Pathos die Testphase für ein neues Anflugverfahren am Flughafen Leipzig-Halle gefeiert, mit welchem im Raum Leipzig eine Fluglärmverminderung erzielt werden soll. Die Bürgerinitiative *Gegen die neue Flugroute* hatte zu dieser in nichts begründeten Euphorie klargestellt, dass mit diesem sogenannten Point Merge eine spürbare Fluglärmverminderung für die unmittelbar betroffenen 100.000 Leipziger nicht erzielt wird.

Wären Flughafen, Deutsche Flugsicherung, DHL und der Freistaat Sachsen ernsthaft an einer Lärmreduzierung für die Anwohner im Raum Leipzig interessiert, müsste, abgesehen von der Abschaffung der kurzen Südabkurvung, lediglich die gleichmäßige Bahnverteilung praktiziert werden, so wie im Planfeststellungsbeschluss eigentlich verankert und den Bürgern versprochen. Aber gerade dies geschieht sonderbarerweise eben nicht. Und so muss auch hier erst unsere Bürgerinitiative die wahren Ursachen und Hintergründe aufdecken, warum die vom nächtlichen Fluglärm Betroffenen nun schon seit über 8 Jahren mit einer Diskussion zur gleichmäßigen Bahnverteilung hingehalten werden. Tatsächlich ist es nämlich so, dass zeitgleich mit der im Planfeststellungsbeschluss enthaltenen Auflage zur 50/50 - Bahnverteilung, der Freistaat Sachsen in einer Patronatserklärung dem Unternehmen DHL die Möglichkeit der uneingeschränkten Nutzung der stadtnahen Südbahn zugesichert hatte. Die Bürger wurden also beim Bau der Start- und Landebahn Süd bewusst belogen! Nicht, dass dies bezüglich Fluglärm (und nicht nur dort?) etwas neues wäre bei einigen Politikern. So gab z.B. im April 2014 der ehemalige Ministerpräsident des Freistaates Sachsen Prof. Dr. Georg Milbrandt in einem Interview der Reihe „JUNG & NAIV“ offen zu, dass er den Leipzigern versprochen hatte „Wir wollen den Flughafen nicht erweitern“, obwohl er das interne Wissen um die laufende Planung des Ausbaus hatte. Wenn sich div. Medien und Politiker aber immer wieder vor den Karren der Luftfahrtlobby spannen lassen, brauchen sie sich über, vorsichtig ausgedrückt, schwindendes Image nicht zu wundern. So sind auch die in letzter Zeit neu vorgebrachten Argumente der DSF und des Flughafens, wie etwa fehlende Sicherheitsvorrichtungen augenscheinlich einzig dem Zugeständnis an DHL geschuldet, ausschließlich die stadtnahe Südbahn nutzen zu dürfen.

Für die Aufarbeitung dieses Betruges am Bürger sehen wir die Politik in der Verantwortung. Die Leipziger und Schkeuditzer Stadträte/Fraktionen sollten, allein schon um der Glaubwürdigkeit unseres Demokratiewesens wegen, welches ja gerade in letzter Zeit arg gelitten hat, über ihre Landtagsabgeordneten eine Aufklärung zur Schuldfrage herbeiführen. Und nicht nur das, es muss endlich zu Gunsten der Betroffenen gehandelt werden. Dabei verwundert es zutiefst, dass ein z.B. Herr Staatsminister Dulig, vor der Landtagswahl für die Einhaltung planfestgestellter Regelungen eintretend, sich bis heute einer direkten Diskussion mit den Bürgerinitiativen zum Thema Bahnverteilung, Südabkurvung und Triebwerksprobeläufe verweigert. Es wundert auch, welches rein verwaltungsmäßiges, im Sinne der Synonyme zurückhaltend, kärglich, dürftig etc., Engagement von Leipzigs OB Jung bisher zu verzeichnen ist, obwohl er genügend Stadtratsbeschlüsse zum Thema als Auftrag hat und die Ortschaftsräte der betroffenen Ortschaften ihn ständig drängen. Das er

sich für etwas richtig ins Zeug legen kann, zeigt sein Handeln an anderen aktuellen Brennpunkten. Warum also nicht beim Dauerbrenner Fluglärm für 100.000 Leipziger? Bis heute ist auch das Mysterium des Geheimvertrages zwischen der Stadt Schkeuditz und dem Flughafen nicht geklärt. Zum Planfeststellungsbeschluss für den Bau der Start- und Landebahn Süd verfasste die Stadt Schkeuditz im Januar 2004 eine Stellungnahme, die erhebliche Forderungen enthielt. Im Januar 2005 schloss Herr Enke dann im Zuge der Entscheidung, nicht gegen den Planfeststellungsbeschluss zu klagen, mit dem Flughafen plötzlich einen Zusatzvertrag ab. Bis heute weigern sich die Stadt Schkeuditz, der Flughafen und das Staatsministerium des Innern, den Vertrag der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Liegt hier ein weiterer Schlüssel zur Nichtumsetzung der gleichmäßigen Bahnverteilung?

Matthias Zimmermann
Pressesprecher
BI "Gegen die neue Flugroute" / BI "Gegen Flug- und Bodenlärm"

So kommen Sie mit uns in Kontakt:
Bürgerinitiative "Gegen die neue Flugroute"
Postfach 26 01 10
04139 Leipzig

info@fluglaermleipzig.de
www.fluglaermleipzig.de
Tel.: 0341 4615440